

Müssten Ihrer Ansicht nach die vorbereitenden Kommissionen stärker miteinbezogen werden?

Die am Montag präsentierte Studie «Fokus Landtag – Wie das Milizparlament gestärkt werden kann» der Stiftung Zukunft.li hält Vorschläge bereit, wie der Landtag seine Struktur reformieren könnte. Einer davon betrifft die Stärkung der vorbereitenden Kommissionen. **Diese könnten im Voraus in beratender Funktion bei Gesetzesänderungen oder grösseren Projekten agieren, Empfehlungen abgeben oder als externe Spezialisten hinzugezogen werden, um den Landtag effizienter zu gestalten.** Ebenfalls nötig wäre dazu aus Sicht der Studienautoren eine partielle Redezeitbeschränkung im Landtag, wenn es um Sachgeschäfte, die bereits in einer Kommission beraten wurden, geht.

«Zuzug von externen Experten ist heute schon möglich»

Manfred Kaufmann,
Landtagsabgeordneter der Vaterländischen Union (VU)

Zuerst einen Dank an die Stiftung Zukunft.li für die Ausarbeitung der Publikation. Die Einsetzung vorbereitender Kommissionen mit Zuzug externer Fachexperten für besondere Projekte ist heute schon möglich. Betroffene und Experten können Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren von neuen Gesetzen abgeben und auch die Fraktionen besuchen, um ihre Anliegen zu erläutern. So fließt Expertenwissen aus der gelebten Praxis in den Landtag. Landtagskommissionen tagen aktuell nicht öffentlich. Ihren Beschlüssen kommt dabei nur Empfehlungscharakter zu, weshalb der Landtag nicht an ihre Beschlüsse gebunden ist. Ein Zeit- und Effizienzgewinn im öffentlichen Landtag wäre wohl nur mit einer Einschränkung des Rederechts und einer Verbindlichkeitserklärung von Beschlüssen solcher



Kommissionen möglich. Dies würde aber meines Erachtens klar gegen das freie Mandat und gegen das bestehende Parliamentsystem sprechen. Ob eine solche Änderung seitens der Mehrheit des Landtags gewünscht wird, bezweifle ich. Der Landtag ist ein Milizsystem und soll es auch bleiben. Die Abgeordneten wenden sehr viel Zeit vor allem für die Vorbereitung auf die Landtagssitzungen auf, was von der Öffentlichkeit oft eher unbemerkt bleibt. Der Einsatz vorbereitender Kommissionen würde zusätzlichen Zeitaufwand von Landtagsmitgliedern bedeuten. Ein 25-köpfiges Milizparlament kann nicht mit viel grösseren Parlamenten oder gar Berufsparlamenten verglichen werden. Hierzu sind die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen nicht kompatibel.

«Eine kürzere Debatte bedeutet nicht zwangsläufig «bessere» Politik»

Manuela Haldner-Schierscher
Landtagsabgeordnete der Freien Liste (FL)

Mehr Effizienz im Parlament durch vorbereitende Kommissionen – wer könnte da schon dagegen sein? Doch bei genauerem Hinsehen stellt sich die Frage: Was genau soll effizienter werden – und auf wessen Kosten? Woran misst man Effizienz und Qualität und wer entscheidet, was effizient und was gut ist? Eine kürzere Debatte im Plenum bedeutet noch nicht zwangsläufig «bessere» Politik. Transparente Debatten sind gelebte Demokratie, speziell in einem kleinen Parlament wie dem unsrigen. Die politische Vielfalt zeigt sich besonders in der öffentlichen Auseinandersetzung. Für kleinere Parteien mit eingeschränkten Ressourcen könnte eine Verlagerung demokratischer Prozesse in weniger sichtbare Räume eine weitere Einschränkung ihrer Mitgestaltungsmöglichkeiten und für die Öffentlichkeit einen Verlust an Transparenz bedeuten.



Für Liechtenstein sehe ich das erst dann als gangbaren Weg, wenn der Landtag sitznässig erheblich ausgebaut würde. Eine Redezeitbeschränkung mag Wiederholungen vermeiden – sie riskiert aber auch, kritische Stimmen zu kürzen und die parlamentarische Kontrolle zu schwächen. Gerade in einem kleinen Parlament zählt jede Stimme.

Demokratische Prozesse brauchen Zeit und Raum für Debatten. Reformen dürfen deshalb nicht zum Abbau demokratischer Teilhabe führen, sondern müssen Vielfalt, Transparenz und Ausgewogenheit sichern. Wenn wir das erreichen wollen, braucht es echte strukturelle Veränderungen – Effizienz allein darf nicht zum Massstab werden, an dem wir demokratiepolitische Qualität messen.

«Delegation der Landtagsarbeit an vorbereitende Kommissionen und Redezeitbeschränkung wären Schwächungen der Volksvertretung»

Johannes Kaiser
Landtagsabgeordneter der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)

Will man den Landtag reformieren, so muss seine Stärkung das erklärte Ziel sein. Der Landtag wird in Bezug auf die Aussenwahrnehmung nie auf Augenhöhe mit der Regierung gelangen, wird diese doch neben der vollamtlichen Funktionsführung durch ihre fünf Mitglieder auch von rund 40 Mitarbeitenden flankiert. Die Volksvertretung gewinnt nicht an Stärke, wenn den Abgeordneten eine Redezeitbeschränkung auferlegt wird. Der Regierung wäre es sicher recht, doch würde dies nicht dem fundamentalen Gedanken eines Parlaments entsprechen.

Der Vorschlag der Stiftung Zukunft.li, Kommissionen als vorbereitende Gremien auszugestalten, die Entscheidungsfindungen vorgehen und damit dem Landtag eine partielle Redezeitbeschränkung zu oktroyieren, steht einer Stärkung des Landtags in seiner Diskussions- und Entscheidungskultur diametral entgegen. In den Ausführungen wird auf einen Vergleich zu Parlamenten in der Schweiz auf

Kantons- und Bundesebene verwiesen beziehungsweise eine Praxis in der Schweiz abgeschaut, die beispielsweise beim Nationalrat mit 200 Mitgliedern Anwendung findet. Bei dieser Parlamentsgrösse ergibt sie sicherlich Sinn, doch ihr wohnt eine andere systematische Logik inne.



Bei einem Parlament in der bescheidenen Grösse des Liechtensteiner Landtags mit seinen 25 Abgeordneten ist es zentral, dass sich die einzelnen Fraktionen mit den Gesetzesvorlagen und Projekten eingehend befassen und die Ressourcen sowie Möglichkeiten dazu erhalten. Die Stärkung des Landtags liegt somit in der Stärkung der finanziellen Ressourcen der im Landtag vertretenen Fraktionen, sodass sie situativ externe Expertise und externes Know-how zusätzlich einholen können. Entscheidungen werden so nicht vorweg an vorbereitende Kommissionen delegiert, sondern von den Volksvertretern im Parlament – ohne Redezeitbeschränkung – getroffen.

«Der Landtag lässt sich viel zu oft von der Regierung dominieren»

Thomas Rehak
Landtagsabgeordneter der Demokraten pro Liechtenstein (DpL)

Der Landtag trägt eine zentrale Verantwortung im Staatsgefüge – sowohl als Gesetzgeber als auch als Kontrollinstanz. Mit der wachsenden Zahl an Gesetzen und Verwaltungsaufgaben steigen auch die Herausforderungen für das Parlament. Der Landtag hat viele seiner Kompetenzen, insbesondere im Zusammenhang mit Staatsunternehmen, an die Regierung übertragen. Dadurch hat er an Einfluss und Durchsetzungskraft verloren. Die enge Verbindung der Landtagsmehrheit zur Regierung führt zudem zu einem ungesunden Vertrauensvorsprung, sodass der Landtag sich viel zu oft von der Regierung dominieren lässt. Damit der Landtag seiner Aufgabe im Rahmen der Gewaltenteilung gerecht werden kann, braucht es vollständige Information, persönliches Engagement und Überzeugungskraft. Zu oft dominiert die Parteipolitik über die Sach-



politik. Vor diesem Hintergrund sehe ich keinen wesentlichen Mehrwert in vorbereitenden Kommissionen. Weder die «Besondere Landtagskommission» zu den Informationsrechten noch jene, die Vorschläge zur Regelung des Parteiaustritts erarbeiten sollte, konnte aufgrund von Regierungseinfluss und parteipolitischen Differenzen Ergebnisse erzielen. Auch sollten wir uns nicht an grossen Staaten orientieren, die deutlich mehr Ressourcen für Kommissionen zur Verfügung haben. Hilfreich wäre es, wenn die Berichte und Anträge nicht nur den geänderten Gesetzestext enthalten, sondern auch eine Gegenüberstellung mit der bisherigen Fassung. Ausserdem sollte bei kontrovers diskutierten Vorlagen auch in der zweiten Lesung eine erneute Grundsatzdiskussion möglich sein und – falls erforderlich – eine dritte Lesung angesetzt werden können.

